

„... daß es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat.“ – Die SPD und das Frauenwahlrecht

Mirjam Sachse (Kassel)

Eine Revolution brachte den Frauen in Deutschland das Wahlrecht! So sah es auch Marie Juchacz (1879 – 1956) als sie als gewählte SPD-Abgeordnete 1919 in der Nationalversammlung das erste Mal das Wort bekam. Unbestritten bleibt es aber auch das Verdienst der alten Sozialdemokratie, 1891 die erste Partei in Deutschland gewesen zu sein, die das allgemeine – und damit die Frauen einschließende – Wahlrecht als zentrale Forderung in ihr Parteiprogramm aufgenommen hat:

„1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen.“¹

War sie deshalb eine Partei, in der weibliche Mitglieder und ihre Anliegen als durchweg *gleich* und *berechtigt* angesehen wurden? Nein, das war sie nicht. War sie deshalb diejenige Partei, die bei den ersten demokratischen Wahlen in Deutschland 1918/19 unerhört viele Wahlstimmen von dankbaren Frauen verbuchen konnte? Nein, das war sie nicht.

Mein Beitrag möchte einigen Umständen nachgehen, in denen Kohäsionskräfte zwischen proletarischer Frauenbewegung und SPD wirkten und wo nicht. Wie für eine optimale „Gruppenkohäsion“ zuträglich, wird aber auch die Ablehnung anderer Gruppen, ja sogar „Todfeindschaft“ ins Spiel gebracht werden.

Dass die Organisation der proletarischen Frauen zu Beginn getrennt von derjenigen der Männer erfolgen musste, lag vor allem an den jeweiligen Vereinsgesetzen der deutschen Länder. Durch sie wurde es vielen Frauen bis 1908 mehr oder weniger unmöglich gemacht, sich in Vereinen politisch zu engagieren – schon gar nicht in Parteien, schon gar nicht für die „gemeingefährliche“ SPD. Um die Vereinsgesetze und das noch rigidere „Sozialistengesetz“ (1878 – 1890) zu umgehen, setzte die SPD auch bei der Organisation der Frauen auf das bewährte System der Vertrauenspersonen (übrigens ein vorbildlich geschlechtsneutraler

¹ Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891. In: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891. Berlin : „Vorwärts“ Berliner Volksblatt 1891, S. [3]–6, hier: S. 5 - digital durch Friedrich-Ebert-Stiftung / Bibliothek <http://library.fes.de/parteitage/pdf/pt-jahr/pt-1891.pdf> (01.02.2021)

Begriff). Notgedrungen entwickelten sich also eigenständige Institutionen und Veranstaltungen für Frauen: die „Zentralvertrauensperson der Genossinnen Deutschlands“, die auf den regelmäßig stattfindenden Frauenkonferenzen über die Entwicklungen der Frauenbewegung berichtete; die Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ (1891 – 1923); die Frauensekretärin im SPD-Parteivorstand; die „Sozialistische Fraueninternationale“² und der Internationale Frauentag. So viel „Sonderorganisation“, so viele „Extrawürste“ waren einigen Parteimännern sehr suspekt, sie fürchteten feministische Tendenzen. Wegen solcher Verdächtigungen waren die führenden Sozialdemokratinnen stets bemüht, in alle Richtungen kohäsiv zu wirken und der Partei gegenüber deutlich zu machen, dass „sozialistische Frauenagitation“ in erster Linie sozialistische Agitation war. Allerdings wollten sich die Frauen auch nicht mit dem zufrieden geben, was ihnen so nebenbei und ohne auf ihre geschlechtsspezifischen Interessen einzugehen bereitgestellt wurde – wie z.B. die Frauenbeilagen der Parteizeitungen. Sie bestanden auf ihre Frauenkonferenzen, die trotz aller rechtlichen Widrigkeiten stets im Vorfeld der SPD-Parteitage stattfanden. Außerdem merkten die Frauen schnell nach Erlass des „Reichsvereinsgesetzes“³ 1908 – durchaus ein demokratisches Potenzial des Kaiserreichs –, dass ihre nun möglich gewordene ordentliche Parteimitgliedschaft weder die „Sonderorganisation“ noch gewisse Quotenregelungen überflüssig machte. So entwickelte sich die proletarische Frauenbewegung insgesamt recht autonom weiter - zwar getrennt, aber doch meist unterstützt von den männlichen Genossen.

Eine zentrale Rolle in der Vermittlung politischer Bildung und Ansprache einer weiblichen Leserschaft spielte dabei die Zeitschrift „Die Gleichheit“ (1891 – 1923), die ohne die finanzielle Unterstützung der Partei nicht hätte publiziert werden können. Es war der parteinahe Verlag von J.H.W. Dietz (1843 – 1922) der 1891 das Abenteuer wagte, eine eigenständige Frauenzeitschrift herauszugeben und die Redaktion in die Hände Clara Zetkins (1857 – 1933) zu legen. Zetkin wollte die Zeitschrift zum Sprachrohr einer geeinten proletarischen Frauenbewegung machen. Doch da stellten sich schon die ersten Probleme ein: Viele Frauen begriffen sich nicht als Proletarierinnen und noch mehr hatten die allgemeine Meinung ver-

² In der Literatur stößt man auch auf die Bezeichnungen „Internationale Konferenz sozialistischer Frauen“ oder „Internationale sozialistische Frauenkonferenz“.

³ Reichsvereinsgesetz, in: Deutsches Reichsgesetzblatt, Nr. 18 vom 19. April 1908, S. 151–157 (digital durch Wikimedia, 2015 https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Deutsches_Reichsgesetzblatt_1908#/media/File:Deutsches_Reichsgesetzblatt_1908_018_151.jpeg (02.02.2021)).

innerlich, dass Politik Frauen nichts angehe. Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen, Fabrikarbeiterinnen, Dienstmädchen, Heimarbeiterinnen ... die Heterogenität war offensichtlich. Noch heute gelten die vermeintlichen Sphären der Erwerbs- und Hausarbeit, der Kopf- und Handarbeit als nicht miteinander vereinbar und erschweren so die Bündelung sozialer Kräfte. Der „Gleichheit“ kam es nun zu, einerseits diesen sehr unterschiedlichen Interessen gerecht zu werden und andererseits ihren Leserinnen bewusst zu machen, dass es ein lohnenswertes gemeinsames Ziel gibt: den Sozialismus – und als Etappenziel: das Frauenwahlrecht.

Die publizistischen Möglichkeiten der „Gleichheit“ lagen sowohl auf rationaler wie auch auf emotionaler Ebene. Weil die Abonnementzahlen schnell zeigten, dass zu viel abstrakte politische Bildung und zu wenig unterhaltende Geschichten nicht förderlich für die Verbreitung der Zeitschrift waren, musste das Redaktionskonzept beides berücksichtigen. Aber auch um den Blick der proletarischen Frauen über den eigenen Tellerrand hinaus auf das Leben ihrer „Genossinnen“ zu lenken, wurde gleichermaßen an die Vernunft wie an die Empathie appelliert. Appelle jedoch sind gut und schön, sie allein aber verändern nichts. Politische Bildung wie sie die „Gleichheit“, wie sie die führenden Sozialdemokratinnen betrieben, forderte zum politischen Handeln auf – sie „agitierten“. In diesem Zusammenhang war das sozialdemokratische Bildungsideal auch nicht die „Gefühlssozialistin“, sondern die politisch aufgeklärte „Klassenkämpferin“, die im Kapitalismus ein Unterdrückungssystem bekämpfen würde, das keine Grenzen zumal keine Ländergrenzen kennt. Sozialistische Frauenagitation musste auch internationalistische Agitation und der nächste Schritt die Vereinigung der Proletarierinnen *aller* Länder sein.

1907 und 1910 fanden im Rahmen der Konferenzen der Zweiten Internationale auch die Konferenzen der „Sozialistischen Fraueninternationale“ statt. 1907 wurde die „Gleichheit“ in Stuttgart zum zentralen Organ und Zetkin zur Sekretärin der Fraueninternationale gewählt. 1910 in Kopenhagen stellte Zetkin gemeinsam mit anderen SPD-Frauen den Antrag, jährlich einen „Internationalen Frauentag“ auszurichten. Die Idee des „Frauentages“ war nicht neu, aber die der terminlich und international koordinierten Umsetzung schon. Obwohl das Konzept sehr erfolgreich war – dies gerade bei den „indifferenten“ Frauen –, mussten die SPD-Frauen 1913 auf dem Parteitag in Jena lange für die Ausrichtung eines weiteren Frauentages

im Folgejahr streiten. Ihr Anliegen drohte an den Parteiausschuss überwiesen zu werden – die Frauen wussten, was das bedeuten würde, denn sie hatten damit keine guten Erfahrungen gemacht. Daher waren sie schon heilfroh, als der Parteitag beschloss, dass ein Frauentag 1914 „im Prinzip“ abgehalten werden könne, aber Parteivorstand und Parteiausschuss letztlich darüber entscheiden müssten.⁴

Was wollte man mit diesem Tag der konzertierten Massenproteste und kämpferischen Reden erreichen? Vor allem sollte es ein Kampftag für das Frauenwahlrecht sein. Aber nicht für ein Frauenwahlrecht wie es einige der Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung, der bourgeoisen „Frauenrechtelei“ forderten. Ein Wahlrecht wie das preußische Dreiklassenwahlrecht, in welchem nur diejenigen Frauen hätten wählen dürfen, die ein entsprechend hohes Einkommen hatten, fiel entschieden hinter die Forderung des allgemeinen Wahlrechts zurück und wurde deshalb von den Sozialdemokratinnen als „Damenwahlrecht“ abgelehnt.

Müssen Frauen prinzipiell zusammenhalten, weil sie als Frauen gleichermaßen Opfer von Diskriminierung und Gewalt sind? Nein, die proletarische und die bürgerliche Frauenbewegung waren „[k]ein einig' Volk von Schwestern“⁵. Vor allem die proletarischen Frauen waren es, die sich schwer taten mit der Frage, ob es ein Verrat an der eigenen Klasse ist, wenn man die Kooperation mit den bürgerlichen „Frauenrechtlerinnen“ sucht. Das Dilemma der proletarischen Frauenbewegung war und ist es, als Frauenbewegung nicht vollständig der Männerorganisation anzugehören und als sozialdemokratische Bewegung nicht als Frauenbewegung zu gelten. Kooperation um der „Frauensache“ willen oder „reinliche Scheidung“⁶, um weiterhin keinen Zweifel daran aufkommen zu lassen, einen geschlechterunabhängigen Klassenkampf führen zu wollen? Wie hält es die proletarische Frau mit August Bebel (1840 – 1913), der sagte:

⁴ Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913. Berlin: Vorwärts Paul Singer, 1913, hier: 17. September, Nachmittagsitzung, S. 377-384 - digital durch Friedrich-Ebert-Stiftung / Bibliothek <http://library.fes.de/parteitage/pdf/pt-jahr/pt-1913.pdf> (02.02.2021).

⁵ Wurms, Renate: Kein einig' Volk von Schwestern. 1890 – 1918. In: Geschichte der deutschen Frauenbewegung / hrsg. von Florence Hervé. Köln: Papyrossa, 5. neu bearb. und vollst. veränd. Aufl., 1995, S. 36–84 (mittlerweile erschien 2000 schon die 7. verb. u. überarb. Aufl. dieser guten Überblicksliteratur).

⁶ Zu diesem zentralen von Zetkin geprägten Begriff für die Charakterisierung des Verhältnisses von proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung vgl. Reinliche Scheidung. In: Die Gleichheit, Jg. 04.1894 / Nr. 08 (18.04.1894) / S. 63; Noch einmal „reinliche Scheidung“, I. In: Die Gleichheit, Jg. 04.1894 / Nr. 13 (27.06.1894) / S. 102-103; Noch einmal „reinliche Scheidung“, II. In: Die Gleichheit, Jg. 04.1894 / Nr. 15 (25.07.1894) / S. 115-117 – alle digital durch Friedrich-Ebert-Stiftung / Bibliothek <http://fes.imageware.de/fes/web/> (02.02.2021).

„Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, zu beseitigen. Solange ich atmen und schreiben und sprechen kann, soll es nicht anders werden.“⁷?

Zetkin teilte diese kompromisslose Einstellung Bebels und lehnte sogar eine punktuelle Zusammenarbeit mit bürgerlichen Frauen ab, erachtete zu viel Nähe gar als gefährlich. Es fiel ihr schwer, zu respektieren, dass einige SPD-Frauen das anders sahen. Überhaupt gilt Zetkin, die auf eine sehr autoritäre Art „den Laden zusammenhalten“ wollte, heute vor allem als Dogmatikerin – Karl Kautsky (1854 – 1938) sah dies zumindest 1907 noch ganz anders:

„Bei Klara Zetkin, die durch ihre unermüdliche Organisations- und Agitationsarbeit die deutsche proletarische Frauenbewegung zu dem gemacht hat, was sie ist, kann niemand, ohne sich lächerlich zu machen, von unfruchtbarem Dogmatismus und unpraktischem Spekulieren reden. Die großen Ergebnisse ihres Wirkens bezeugen am besten, wie wenig Theorie und Praxis einander ausschließen, wie sehr beide durch ihre gegenseitige Durchdringung gewinnen.“⁸

Autoritäre Dogmatikerin oder konforme „Parteisoldatin“? – das sollte sich vor allem nach 1914 herausstellen und zählt meines Erachtens zu den „positiven Diversitäten“ der SPD-Geschichte. Zumindest erwies sich die Autorität Zetkins leider als nicht kohäsiv genug, um die größere Zahl der Sozialdemokratinnen davon abzuhalten, 1914 Seite an Seite mit den bürgerlichen Frauen des Nationalen Frauendienst (NFD) zusammenzuarbeiten. Der NFD, in weiser weiblicher Voraussicht bereits am 31. Juli 1914 ins Leben gerufen, kannte keine Parteien und Klassen mehr, sondern brachte die Frauen beim Herstellen oder Verpacken sogenannter „Liebesgaben“ für Frontsoldaten enger zusammen denn je. Wie prophetisch erscheint da eine im März 1914 im „Vorwärts“ (1876 –) veröffentlichte Aussage, mit welcher eigentlich nur die politische Bedeutsamkeit der nicht erwerbstätigen Hausfrauen klargestellt werden sollte:

„Und schließlich muß noch ausdrücklich betont werden, daß nicht der Dienst der einzelnen für die Gesellschaft den *Rechtstitel des weiblichen Geschlechts auf*

⁷ Bebel, August: Rede. In: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903. Berlin: Vorwärts 1903, hier: 17. September, Nachmittagsitzung, S. 313 - digital durch Friedrich-Ebert-Stiftung / Bibliothek <http://library.fes.de/parteitage/pdf/pt-jahr/pt-1903.pdf> (02.02.2021).

⁸ K[austky], K[arl]: Rezension zu Klara Zetkin, Zur Frage des Frauenwahlrechtes. In: Die Neue Zeit, Jg. 25 / Nr. 46 / 1906/07/ Bd. 2 (1907), S. 684-687, hier: S. 686 - digital durch Friedrich-Ebert-Stiftung / Bibliothek <http://library.fes.de/cgi-bin/nzpdf.pl?dok=190607b&f=684&l=687> (02.02.2021).

*volles Bürgerrecht sicherstellt, sondern die Summe der Tätigkeit großer Scharen von Frauen, die für die Gesamtheit unentbehrlich ist.*⁹

Der gemeinsame „Dienst am Vaterland“ in Nähstuben, Suppenküchen und Spitälern; die Bewährungsprobe in Rüstungsfabriken, Sammelstellen und Verwaltungsbüros ... - die Entwicklungen der Frauenerwerbsarbeit während des Ersten Weltkriegs und die Ereignisse rund um Parteispaltung und „Burgfrieden“ brachten ohne Frage starke kohäsive Kräfte hervor - den deutschen Frauen noch dazu zweifelhaft wenn auch allerhöchste Anerkennung. Letztlich aber war es doch die Revolution 1918/19, die den Krieg und die politische Unmündigkeit der deutschen Frauen beendete.

⁹ Zum Frauentag. Die Hausfrauen und das Wahlrecht. In: Vorwärts - Berliner Volksblatt, Jg. 31.1914 / Nr. 61 (03.03. 1914), 1. Beilage – digital durch Friedrich-Ebert-Stiftung / Bibliothek <http://fes.imageware.de/fes/web/index.html?open=VW31061&page=4> (02.02.2021) [Hervorh. i. Orig.].